

1. JUNI 1965
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/109

Bonn, den 10. Juni 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1

Mit angehaltenem Atem ...

45

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn

Von * * *

2

Die Zukunft sehen

51

Die europäische Sozialdemokratie kennt ihre Ziele

Von Fernand Georges, Luxemburg

3

Der "Große Hessenplan" - Brücke in das neue Jahrhundert

48

Hessens Leistungen der Gegenwart wirken sich für die Zukunft aus

4 - 5

Die Südostdeutschen nicht vergessen

65

Familienzusammenführung - ein zwingendes Gebot

Von Dr. Alfred Graef

***** Zur Beachtung *****

Unsere heutige Beilage SELBSTBESTIMMUNG UND
EINGLIEDERUNG enthält u.a. ein Interview mit
dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden
Herbert W e h n e r zum Deutschland-
Treffen der Schlesier:

Einseitige Grenzziehung nicht rechtskräftig

Mit angehaltenem Atem ...

Zum Besuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn

Von * * *

Der Besuch des französischen Staatspräsidenten de Gaulle und seiner wichtigsten Minister in Bonn wird zwar in der offiziellen Sprachregelung als "Routinekonsultation" bezeichnet, ist in Wirklichkeit jedoch der in Paris und Bonn gleichermaßen mit angehaltenem Atem genannte Versuch, jener Schwierigkeiten Herr zu werden, die in vergangenen Wochen und Monaten das deutsch-französische Verhältnis belastet haben.

Es ist kaum damit zu rechnen, daß de Gaulle seine bekannte Haltung in den Fragen der atlantischen Partnerschaft und der politischen Integration Europas aufgibt. Dagegen sind Anzeichen dafür bemerkt worden, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris einerseits und den übrigen fünf EWG-Partnern andererseits wenigstens etwas ausgeglichen werden können. Auf diesem Gebiet hat man in den letzten Tagen eine gewisse Annäherung der Standpunkte festgestellt, was darauf schließen läßt, daß mit einigem guten Willen doch noch ein Ausweg aus der jetzt noch vorhandenen Sackgasse gefunden werden kann.

Die Frage, ob Frankreich weiterhin zur Viermächte-Verantwortung für Deutschland steht, ist nicht mehr so zwielichtig, wie dies noch vor wenigen Wochen der Fall war. Seitdem de Gaulle die Bundesregierung und die übrigen Alliierten wissen ließ, er erblicke in der von ihm propagierten "Europäisierung" des Deutschland-Problems nicht die Aufgabe der Viermächte-Verantwortung, sondern eine z u s ä t z - l i c h e Möglichkeit, das Deutschland-Problem wieder zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen, dürfte man bei den Gesprächen in Bonn schnell über diesen Punkt hinwegkommen.

Von besonderem Interesse ist aber der mehrfach in Paris angedeutete Wunsch de Gaulles, die Bundesrepublik möge sich die guten Beziehungen Frankreichs zu einigen osteuropäischen Ländern zunutze machen und diese durch wirtschaftliche oder finanzielle Zusammenarbeit mit Frankreich unterstützen. Im Prinzip wäre gegen einen solchen Wunsch de Gaulles nichts einzuwenden. Entscheidend hierbei ist jedoch, ob de Gaulle bereit ist, die deutschen Bemühungen um eine Koordinierung westlicher Wirtschaftsvorhaben in den osteuropäischen Staaten zu unterstützen. Schlecht wäre es, wenn der französische Staatspräsident meinte, die Bundesrepublik solle französische Wirtschaftsaktionen im osteuropäischen Raum finanzieren helfen, ohne die Möglichkeit zu haben, auch an der atmosphärischen Verbesserung im Ost-West-Verhältnis beteiligt zu sein.

Alle diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß man wieder anfangen muß, den deutsch-französischen Vertrag mit Leben zu erfüllen, anstatt ihn im Gestrüpp diplomatischer Plänkeleien um diesen oder jenen kleinen Vorteil verkümmern zu lassen. Wenn Paris und Bonn entschlossen sind, diesen Grundsatz zu respektieren, besteht die Hoffnung, daß der jetzige Besuch des französischen Staatspräsidenten in Bonn neue Ansätze zu einer fruchtbaren deutsch-französischen Zusammenarbeit schafft.

Die Zukunft sehen

Die europäische Sozialdemokratie kennt ihre Ziele

Von Fernand Georges, Luxemburg

Unbeirrt durch die vom Elysée-Palast ausgelösten Stürfeuer und Fannen halten die Sozialdemokraten der Europäischen Gemeinschaft zäh Kurs auf die Vereinigten Staaten von Europa. Mit derselben Hartnäckigkeit verfolgen sie das Ziel ihres eigenen Zusammenschlusses. Der europäische Bundesstaat am Horizont von 1980 bräucht bereits heute eine politisch handlungsfähige und im Maße des Möglichen und Notwendigen geeinte europäische Sozialdemokratie. Diesen Eindruck hinterläßt die bedeutungsvolle Sitzung des Verbindungsbüros der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, welche kürzlich in Brüssel abgehalten wurde.

Die Sozialdemokraten sind nicht bereit, alten Götzenbildern eine Politik zu opfern, von der seit mehr als einem Jahrzehnt kraftvolle Impulse zur Hebung des Wohlstandes und zu einer realistischeren Politik der Friedenssicherung ausgingen. Die mit den Europäischen Gemeinschaften bereits geschaffene politische, wirtschaftliche und soziale Teilintegration soll insbesondere "durch die schrittweise Gestaltung einer gemeinschaftlichen Außenpolitik, durch eine gemeinsame Stärkung der NATO, sowie durch eine Verstärkung der kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern der Gemeinschaft" vervollständigt werden. Eine derartige Entwicklung setzt voraus, daß die politischen und gesellschaftlichen Kräfte innerhalb der Gemeinschaft in zunehmendem Maße gemeinsame Vorstellungen über die Ausrichtung einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik entwickeln.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Parteien sind in Brüssel diesem Zwang nicht ausgewichen. Sie räumten dem Ziel einer allgemeinen kontrollierten, das politische und militärische Gleichgewicht nicht gefährdenden Abrüstung "den ersten Platz" unter den Anliegen der sozialistischen Politik ein. In dem Recht des deutschen Volkes "wie andere Völker in ein und demselben Staat zu leben und seine Angelegenheiten selbst zu bestimmen", erkennen sie eine der Hauptgarantien für den Frieden in Europa. Der Notwendigkeit zur engen Verschmelzung der amerikanischen, kanadischen und europäischen Verteidigungsanstrengungen muß die Möglichkeit gegenüberstehen, daß alle NATO-Partner gleichberechtigt an den Entscheidungen über die strategische Planung, die Verlegung von Streitkräften und die Entwicklung der Waffentechnik mitwirken können.

Das Verbindungsbüro der sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft begrüßte aber auch jene kühnen Vorschläge der EWG-Kommission zur Ersetzung der Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Einnahmen (Zölle und Agrarabschöpfungen) der Gemeinschaft. Die Vorbereitung, die von den Sozialisten gestellt wird, hat allerdings ein ganz erhebliches Gewicht. Ohne wesentliche Stärkung der gesetzgeberischen und haushaltsrechtlichen Befugnisse des Europäischen Parlaments kann es keinen Durchbruch zu jenem zumindest präföderativen Europa-budget geben, dem bereits nach einigen Jahren 9 Milliarden DM zufließen würden.

In den umfangreichen Brüsseler Entschlüssen der europäischen Sozialdemokratie wurde ein Stück europäischer Zukunft eingefangen. Sie enthalten im Keim alle wesentlichen Attribute einer im Wachsen begriffenen föderativen Ordnung Europas. Die europäische Sozialdemokratie kennt und nennt ihre Ziele.

Der "Große Hessenplan" - Brücke in das neue Jahrhundert

Hessens Leistungen der Gegenwart wirken sich für die Zukunft aus

sp - Die Technik hat uns das Leben leichter und durch Automation die Arbeit weniger beschwerlich gemacht. Ein neues Jahrhundert kündigt sich an. Zwar vermag kein Mensch genau zu sagen, wie es in diesem 21. Jahrhundert aussehen wird. Aber eines ist sicher: An das Wissen und Können des Menschen werden immer größere Anforderungen gestellt werden. Die Landschulreform, die das Land Hessen bahnbrechend anpackt und mit seinen zentralen Mittelpunktschulen neuzeitlich und fortschrittlich löst, ist daher ebenso wie der Ausbau der Hochschulen ein wichtiger Grundpfeiler für die Brücken in ein neues Jahrhundert.

Diese Leistungen in der Gegenwart wirken sich für die Zukunft aus. Die Kinder unserer Zeit sollen in modernen Schulen eine bessere Ausbildung und damit auch die Chance erhalten, den kommenden vielseitigen Anforderungen gewachsen zu sein. Jeder Mensch soll schon als Kind die Möglichkeit erhalten, seine geistigen Kräfte voll zu entfalten. Unausgeschöpfte Bildungsreserven kann sich kein freiheitliches Land mehr leisten, wenn es vor sich selbst und seiner Zukunft bestehen will.

Mit der zuerst im Land Hessen eingeführten allgemeinen Lehr- und Lernmittelfreiheit wurde ein entscheidender Schritt für die bessere Schulausbildung aller Kinder getan. Mit dem weiteren Ausbau des hessischen Schulwesens im Rahmen des Großen Hessenplanes verstärkt die Landesregierung ihre Bemühungen um eine Hebung des Bildungsstandes. Im Zuge der fortschrittlichen Entwicklungspolitik des Landes sollen so viele neue Mittelpunktschulen und Gymnasien erstehen, daß sich schon innerhalb der nächsten zehn Jahre die Zahl der hessischen Gymnasiasten um zwanzig Prozent erhöht.

Der Große Hessenplan sieht aber nicht nur den verstärkten Ausbau der allgemeinbildenden und der fortführenden Schulen, sondern auch die großzügige Erweiterung und Modernisierung der Universitäten vor. Schließlich soll die größere Zahl der Schüler der hessischen Gymnasien und damit der späteren Studenten auch geeignete Studien- und Arbeitsplätze an den Hochschulen bekommen. Schon heute ist die Zahl der Studienplätze in Hessen mit rund 40 000, gemessen an der Einwohnerzahl des Landes, im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr hoch. Der Große Hessenplan sieht eine Vermehrung der Studienplätze um 32 Prozent, das sind nochmals 13 000 Studienplätze, vor.

Dank einer langfristigen, umfassenden Vorausschau können in Hessen alle notwendigen Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden, um jeder Begabung die beste Ausbildung zu ermöglichen. Damit wird nicht nur den Schülern und Studenten gedient. Alle Bürger werden den Nutzen davon haben. Eine Volkswirtschaft mit qualifizierten Mitarbeitern in allen Bereichen des Arbeits- und Wirtschaftsprozesses wird zwangsläufig zu einer weiteren Erhöhung des Lebensstandards führen. Nicht zuletzt trägt eine bessere Schulausbildung der Jugend von heute zu einer weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen von morgen bei - ein morgen, das für unsere Kinder und Enkel in einem neuen Jahrhundert liegt.

Einmal mehr geht das sozialdemokratische Hessen den anderen Ländern der Bundesrepublik mit einem guten Beispiel voran und rechtfertigt damit erneut den bereits feststehenden Begriff "Hessen vorn!"

Die Südostdeutschen nicht vergessen

Familienzusammenführung - ein zwingendes Gebot

Von Dr. Alfred Graef

Wenn neue oder bessere Beziehungen zu den südosteuropäischen Ländern geknüpft werden, so kommt man nicht umhin, auch daran zu denken, dass im gesamten südosteuropäischen Raum immer noch rund 88 000 Deutsche leben und zwar hauptsächlich in Rumänien und Ungarn.

Das Schicksal dieses Deutschtums war in der langen Zeitspanne seiner Geschichte sehr wechselhaft, und es hat immer um seine Existenz, um seine Anerkennung als völkische Minderheit hart ringen müssen. Vielfach war es Spielball der politischen Kräfte, die gerade hier in dieser Ecke Europas zeitweilig mit ganzer Wucht aufeinanderprallten.

Die Grundhaltung der deutschen Minderheiten in den südosteuropäischen Ländern war immer davon bestimmt, das eigene Volkstum zu respektieren und Treue zu jenem State zu bewahren, in dem sie lebten. Es war für dieses Deutschtum nicht immer leicht, unter dem Druck nationaler Interessen der Mehrheitsvölker diese Prinzipien konsequent zu verfolgen. Auch wenn es des öfteren Spannungen gegeben hat, so war das Verhältnis der Deutschen in Südosteuropa zu den anderen Völkern dieses Raumes zumeist recht gut, oft sogar herzlich.

Gebrochen wurde die Staatstreue des südosteuropäischen Deutschtums nur in seiner neuzeitlichen Geschichte und zwar auf Druck des nazistischen Reiches, das diese Deutschen nicht nur für eigene politische Zwecke missbrauchte, sondern schliesslich in den schwersten Schlachten des letzten Krieges förmlich verheizte. Ausserdem war es bei Kriegsende der Rache jener Südostvölker ausgesetzt, die unter deutscher Besatzung und Krieg leiden mussten. Nur durch ein Wunder hat sich ein Teil dieses Deutschtums in Ungarn und Rumänien erhalten.

Gerade heute, wo die Bundesrepublik einerseits, aber auch die vorgenannten Länder andererseits, sich um bessere gegenseitige Beziehungen bemühen, sollten jene, die an der Gestaltung dieser Beziehungen massgeblich beteiligt sind, zwar an die in diesen Ländern lebenden Deutschen denken, aber sie mit dem Gedanken spielen, sie in das rein

politische Kalkül einzubeziehen.

Der Gedanke an diese Deutschen darf nur auf der Ebene des humanitären und kulturellen liegen. Es muss dabei hauptsächlich um die verstärkte Zusammenführung der Familien gehen, die zu einem erheblichen Teil auch heute, zwanzig Jahre nach Kriegsende auseinandergerissen sind und nun endlich ein normales Leben ohne psychische Belastungen leben möchten. Wir müssen uns aber auch die hohen kulturellen, geistigen und wirtschaftlichen Leistungen dieser relativ wenigen Deutschen in Erinnerung rufen, die zu einem wesentlichen Teil dafür mitbestimmend waren, dass sich fast alle südosteuropäischen Völker kulturell und geistig zu Mittel- und Westeuropa zugehörig fühlen. Erst in der geistigen Verbindung mit dem Deutschtum im früheren Österreich-Ungarn und später in den Nachfolgestaaten, ist jenes Gefühl auch bei den anderen Völkern Südosteuropas gewachsen, zum westlichen Kulturkreis zu gehören.

Sowohl die Rumänen, als auch die Ungarn werden sicher für das humanitäre Anliegen der Familienzusammenführung und für den Wunsch, dass sich das Deutschtum in ihren Ländern geistig und kulturell frei entfalten kann, Verständnis aufbringen, umso mehr als diese Prinzipien in ihren Verfassungen verankert sind und es erwiesen ist, dass erst durch die Vielfalt der Lebensäußerungen der verschiedenen Nationalitäten sich Südosteuropa auf die heutige kulturelle und geistige Höhe emporgerungen hat.

Sobald aber wieder normale freundschaftliche Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und den südosteuropäischen Völkern bestehen, so wird es schon allein Kraft dieser guten Beziehungen zur Selbstverständlichkeit werden, dass auch die Deutschen im Südosten sich gesellschaftlich und beruflich wie auch als nationale Minderheit frei entfalten können.

Die Gestalter besserer und intensiverer Beziehungen zu den südosteuropäischen Ländern mögen aber auch daran denken, dass in der Bundesrepublik auch zahlreiche Deutsche aus dem Südosten Europas leben, die im öffentlichen und im privaten Bereich auf Grund ihrer Liebe zu diesem Raum und dessen Menschen, aus weitgehender Sachkenntnis heraus und wegen der Kenntnis der südosteuropäischen Sprachen dazu besonders geeignet sind, einen wesentlichen Beitrag zur Verständigung mit den südosteuropäischen Völkern zu leisten.